

Antrag L 01

zur 15. Landesdelegiertenversammlung



Antragsteller: MIT Landesvorstand

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

1 Wofür die CDU verlässlich steht:

2 Wirtschaftliche Kompetenz und solide Haushalte

3 Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war eine schwere Niederlage für die CDU.
4 Ein miserables Ergebnis hat uns weit zurückgeworfen. Neben den erheblichen
5 Fehlern, die unserem Spitzenkandidaten zuzuordnen sind, hatten wir auch ein
6 falsches politisches Profil. Unsere Stammwähler erkannten uns kaum wieder, für
7 bürgerliche Wechselwähler hatten wir kein verlässliches und glaubwürdiges Angebot.
8 Wenn die Wähler die wirtschaftliche Kompetenz der CDU zuletzt zunehmend in
9 Frage stellen, liegt es in erster Linie an uns selber.

10 Daher gilt es für die CDU in NRW nun, unsere Grundüberzeugungen in Fragen der
11 Sozialen Marktwirtschaft nachzuschärfen, Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu
12 korrigieren und eine Verlässlichkeit an den Tag zu legen, die uns in den letzten
13 Jahren teilweise abhanden gekommen ist.

14 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung hat hierbei eine Schlüsselfunktion. Sie
15 ist Hüter unserer ordnungspolitischen Grundsätze und Impulsgeber für die CDU. Mit
16 den hier vorgelegten Denkanstößen möchte sie in wichtigen wirtschaftspolitischen
17 Themenfeldern Position beziehen. Diese Positionsbeschreibung ist nicht vollständig
18 und will es auch gar nicht sein. Sie will aber Anstöße für die CDU NRW geben,
19 wieder die unverwechselbare Spitzenstellung als Partei der Sozialen Marktwirtschaft
20 zurückzugewinnen. Sie will ein Verhältnis von Bürger und Staat beschreiben, das

21 Eigenverantwortung vor staatliche Bevormundung stellt. Vorbild dafür sind
22 Mittelstand und Handwerk.

23 **1. Wirtschafts-Kompetenz fängt in Familie und Schule an**

24 Ziel der ordnungspolitischen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist es, auf der
25 Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die
26 marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden. Hier
27 bestehen in Kenntnis und Vermittlung erhebliche Defizite.

28 Durch eine gute, wertebezogene Erziehung werden in der Familie Grundlagen für
29 das spätere Leben gelegt, z.B. Selbstverantwortung, Leistungswille und -bereitschaft
30 und Sparsamkeit. Darauf muß in der Schule aufgebaut werden. Wichtiges Wissen
31 um unsere Wirtschaftsordnung ist kontinuierlich zu vermitteln. Wir fordern daher die
32 verbindliche Vermittlung von Grundlagen im Sachkunde-Unterricht der Grundschulen
33 und die Einführung eines Schulfaches Wirtschaftslehre an allen weiterführenden
34 Schulen mit durchgängigem Unterricht in allen Jahrgängen. Durch regelmäßige
35 Betriebspraktika müssen die Fachlehrer einen kontinuierlichen Draht zu Wirtschaft
36 pflegen, um sich thematisch immer auf dem neuesten Stand zu befinden.

37 An deutschen Universitäten kann Volks- und Betriebswirtschaftslehre studiert
38 werden, ohne jemals mit der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Prinzipien näher in
39 Berührung gekommen zu sein. Hier fordern wir, dass in allen relevanten
40 Studiengängen das Curriculum entsprechend ergänzt werden muss.

41 Neben der abstrakten Kenntnis der Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft sind für
42 junge Menschen auch praktische Erfahrungen unerlässlich für die Vorbereitung auf
43 das Berufsleben. Daher fordern wir zwei mindestens vierwöchentliche Pflichtpraktika
44 in den Klassenstufen 8-10 und flächendeckende Kooperationsvereinbarungen
45 zwischen Schule und Wirtschaft.

46

2. Bildung braucht die besten Köpfe und das heißt Wettbewerb

Die MIT hat mit ihrem frühzeitigen Plädoyer für ein 2-Säulen-System von Gymnasium und einer "Sekundarschule" klar Position bezogen (Beschluss "Kluge Köpfe - Gute Schule - Starker Standort"). Bildungserfolg hängt heute aber nicht in erster Linie von der Schulform, sondern vor allem von der Qualität der Lehrer ab. Alle relevanten Studien bestätigen, dass gute Lehrer auch bei schwierigsten Klassen und Schülerpersönlichkeiten bemerkenswerte Ergebnisse erzielen, schlechte Lehrer hingegen nicht. Wir brauchen daher an deutschen Schulen bei der Lehrerauswahl eine echte Bestenauswahl in und nach der Einstellung. Das bedeutet, dass eine Einstellung nicht auf Lebenszeit erfolgen muss und vielmehr in regelmäßigen Abständen die Qualität und Leistung abgesichert wird.

3. Duale Ausbildung ist Kernbestandteil der deutschen Wirtschaft - die EU darf dies nicht gefährden

Markenzeichen des deutschen Bildungswesens ist die Duale Ausbildung - ein Vorbild weltweit und gleichzeitig Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg und die niedrige Jugendarbeitslosenquote in Deutschland. Pläne der EU führen im Ergebnis dazu, durch forcierte weitere Erhöhung der Abiturienten- und Hochschulabsolventenquoten das duale System der beruflichen Bildung in Deutschland auszutrocknen und durch gemeinsame europaweite Standards die hohe Qualität der Ausbildungsgänge zu verwässern. Die MIT lehnt dies eindeutig ab und fordert die politisch Verantwortlichen auf, die Umsetzung entsprechender Pläne zu verhindern. Vielmehr ist es sinnvoll, dass in möglichst vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union das duale Ausbildungssystem eingeführt wird.

4. Risiko und Haftung als Prinzipien unserer Marktwirtschaft müssen wieder deutlich werden

Konstitutives Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft ist das Eingehen persönlicher Risiken und die Haftung für eigenes Handeln. Wenn Haftung und Risiko nicht

74 miteinander korrespondieren, werden Einzelrisiken eingegangen, die ein
75 Unternehmen oder gar eine Gesellschaft stark schädigen können. Bestes Beispiel
76 sind einige Banken, die in den letzten Jahren unverantwortlich gehandelt haben und
77 unser Gemeinwesen massiv belasten. Und auch angestellte Manager versuchen,
78 sich über sog. D&O-Versicherungen im Falle des gravierenden Fehlers von ihrer
79 Verantwortung zu befreien. Daher fordern wir, dass alle entsprechenden
80 Versicherungen einen substantiellen Selbstbehalt vorsehen müssen. Dies
81 diszipliniert vor unabsehbaren Risiken, deren negative Folgen wieder nur die
82 Allgemeinheit zu tragen hätte.

83 **5. Förderung muss ein Impuls sein, keine Dauersubvention**

84 Auch in einer sozialen Marktwirtschaft soll der Staat die Möglichkeit haben, Ideen
85 und Technologien mit Potenzial zu unterstützen. Gerade die Transformation von
86 Grundlagenforschung in marktfähige Produkte kann staatliche Subventionen
87 begründen. Nicht akzeptabel sind hingegen Dauersubventionen von im Wettbewerb
88 stehenden Technologien, Produkten oder Unternehmen. Sie verzerren den
89 Wettbewerb, schwächen den Druck zur Produktivitätssteigerung ab. So ist die über
90 Jahrzehnte angelegte Zwangssubventionierung der Solar- und Windindustrie über
91 Pflichtabgaben aller Bürger ein großer Fehler gewesen. Ähnliche ordnungspolitische
92 Sünden müssen in Zukunft verhindert werden. Subventionen müssen stets degressiv
93 und zeitlich eng befristet gezahlt werden und an das Erreichen konkreter Ziele
94 geknüpft werden. In diesem Sinne ist auch das bestehende Erneuerbare Energien-
95 Gesetz (EEG) abzuschaffen und durch eine anreizkonforme Regelung zu ersetzen.
96 Die Umlage ist langfristig abzuschaffen und kurzfristig in Geld und Menge pro Jahr
97 zu begrenzen und an den Ausbau der Netzinfrastuktur zu koppeln. So werden die
98 alternativen Stromerzeuger zu eigeninteressierten Bundesgenossen im schweren
99 Kampf um den nötigen Ausbau der Netze. Der Einspeisevorrang für erneuerbare
100 Energie verursacht unbezahlbare Kosten und muss fallen.

101

102 **6. Privat vor Staat - Kernprinzip der Sozialen Marktwirtschaft**

103 Unsere Wirtschaft lebt vom unternehmerischen Engagement des Einzelnen, der
104 Gewinn erzielen will, aber stets vor dem Risiko des Scheiterns steht und für sein
105 Handeln auch persönlich haftet. In einer solchen Gesellschaft kann die
106 wirtschaftliche Betätigung des Staates immer nur eine Ausnahme sein. Die Realität
107 sieht allerdings anders aus. Aus verschiedenen Gründen engagieren sich vor allem
108 Kommunen in Wirtschaftsbereichen, die ganz oder weitgehend der Privatwirtschaft
109 vorbehalten sein müssen. Aber auch Molkereien, Brauereien, Gießereien und andere
110 produzierende Unternehmen müssen nicht in Staatshand sein. Der Staat ist
111 Schiedsrichter und Regelsetzer über Rahmenordnungen, aber grundsätzlich nicht
112 Mitspieler.

113 **7. Der Staat setzt den Rahmen des Unternehmertums - unbürokratischer als** 114 **bisher**

115 Klagen über staatliche Auflagen bei Gründung und Betrieb eines Unternehmens sind
116 leider eher Regel als Ausnahme. Mit jeder - gut gemeinten - Statistik und
117 Kontrollbehörde kommen sowohl bürokratischer Aufwand als auch Kosten auf
118 Unternehmen und Steuerzahler zu. Hier ist immer wieder erneut anzusetzen, um die
119 unternehmerischen Gestaltungskräfte nicht noch mehr als bislang schon
120 einzuschränken. So fordern wir unter anderem, die Voreinzahlung und
121 Nachberechnung der monatlichen Sozialbeiträge wieder abzuschaffen. Dadurch
122 würden erhebliche finanzielle und Bürokratielasten für die Betriebe mit einem Schlag
123 beseitigt oder zumindest gemildert.

124 **8. NRW ist Industrie- und Gewerbeland - wir wollen, dass das so bleibt**

125 Nordrhein-Westfalen und Deutschland sind Industrieland, unser Wohlstand basiert
126 auf der engen Verzahnung von Industrie, Dienstleistung, Handwerk, Handel und
127 weiteren Branchen. Daher braucht NRW auch die kontinuierliche Neuansiedlung von

128 Industrie- und Gewerbeunternehmen und ihren Fabrikationsstätten. Damit
129 verbundene Einschränkungen für die Bürger sind zu minimieren, aber hinzunehmen.

130 Wir brauchen wieder eine positive Einstellung zu Investitionen. Dies gilt auch für eine
131 moderne Energieerzeugung, auf die die nordrhein-westfälischen Unternehmen
132 zwingend angewiesen sind. Die MIT spricht sich daher eindeutig auch für das neue
133 Kohle-Kraftwerk Datteln aus.

134 Investitionen müssen besser planbar und besser umzusetzen sein. Daher sind - bei
135 gleichzeitig verbesserter Kommunikation - Genehmigungsverfahren deutlich zu
136 verkürzen. Dies umfasst auch Klagemöglichkeiten und Instanzenzüge. Auch
137 Großinvestitionen wie Stromtrassen und andere Infrastrukturmaßnahmen müssen in
138 Deutschland in einem akzeptablen Zeitraum realisierbar sein.

139 **9. Unternehmertum braucht Leistungsgerechtigkeit im Steuerwesen**

140 In Deutschland herrscht eine verhängnisvolle Mentalität gegenüber
141 Spitzenleistungen und Spitzenverdienst. Leistung muss sich lohnen,
142 Unternehmertum darf auch finanziell Freude machen, wenn sie mit eigenem Risiko
143 und Haftung korrespondiert. Ein höheres Einkommen darf daher nicht über die
144 normale Progression hinaus diskriminiert werden. Der von der SPD als
145 „Reichensteuer“ initiierte Zuschlag zur Einkommensteuer ist abzuschaffen.
146 Die Enteignung des Mittelstands durch die sog. kalte Progression ist eines der
147 Kernprobleme der Demotivation leistungsbereiter Menschen. Daher ist eine
148 gesetzliche Gleitklausel einzuführen, die einen jährlichen Ausgleich schafft, d.h. den
149 Tarifverlauf automatisch an das höhere Einkommen anpasst. Darüberhinaus ist die
150 Thesaurierungsrücklage so zu gestalten, dass sie von mittelständischen
151 Unternehmern auch tatsächlich genutzt werden kann. Dies ist ein wichtiger Schritt
152 zur Verbesserung der Rechtsformneutralität zwischen Einzelunternehmen und
153 Kapitalgesellschaften.

10. Solide öffentliche Haushalte benötigen kluge Personaleinstellungen und effizienten Mitarbeiterereinsatz

Mittelständische Unternehmen sind auf eine effiziente öffentliche Verwaltung mit motivierten Mitarbeitern angewiesen. Dies umfasst auch den verantwortlichen Umgang der öffentlichen Verwaltung mit unseren Steuergeldern. Dies ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die Konsolidierung unserer Haushalte.

Öffentliche Haushalte haben aber auch einen sehr hohen Personalkostenblock. Dieser ist vor allem bei Kommunen und Bundesländern relativ hoch, in NRW z.B. bei über 40% des Gesamtetats. Eine Haushaltskonsolidierung muss daher zwingend auch den Personalbereich einbeziehen.

Jährlich stellt das Land Nordrhein-Westfalen so mehr als 10.000 neue Mitarbeiter ein, in der Regel mit der Perspektive einer lebenslangen Beschäftigung im Öffentlichen Dienst. Dabei zahlt das Land NRW rund 40 Jahre für aktive und nochmals 20-25 Jahre für inaktive Tätigkeitszeit.

Dieses ist nicht mehr zeitgemäß. Die Realität des heutigen Arbeitslebens bedingt Flexibilität und Veränderungsbereitschaft und muss auch im Öffentlichen Dienst nachvollzogen werden. Zum Zeitpunkt der Einstellung ist es z.B. fraglich, dass der gleiche Mitarbeiter für die annähernd gleiche Tätigkeit mehr als 40 Jahre benötigt wird. Dies gilt vor allem für den großen Block der rund 180.000 Lehrer in NRW, die schon rein aus demographischen Gründen nicht mehr in dieser Zahl benötigt werden. Daher sind in größerem Umfang zeitlich befristete Verträge vorzusehen. Auch ist ein räumlich wie fachlich flexiblerer Personaleinsatz erforderlich und setzt entsprechendes Personal voraus. Auch der zeitlich begrenzte Einsatz von Drittdienstleistern ist sinnvoll, wenn über einen begrenzten Zeitraum Personalleistungen benötigt werden.

Auffällig ist der hohe Krankenstand im Öffentlichen Dienst in NRW. Die im Leistungswettbewerb stehenden Unternehmen haben wesentlich gesündere

181 Mitarbeiter als die Öffentliche Hand. Erstaunlich auch, dass Beamte und Angestellte
182 in Bayern nur halb so krank sind wie die gleiche Berufsgruppe in NRW. Dies ist eine
183 Frage von politischer Führung und Fürsorge. Hierdurch werden Milliarden Euro
184 Steuergelder verschwendet. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, innerhalb
185 der kommenden fünf Jahre mit geeigneten Maßnahmen des Forderns und Förderns
186 den Krankenstand auf bayerisches Niveau zu senken.

187 **11. Haushaltssanierung ist ein Gebot der Eigenverantwortung**

188 Die Lage der öffentlichen Haushalte ist unterschiedlich, teils schwierig, teils
189 katastrophal. Hilfe ist aber - auch in Europa - ohne Ursachenforschung nicht möglich.
190 Wer wie viele SPD-geführte Großstädte nicht einsieht, dass er in der Vergangenheit
191 über seine Verhältnisse gelebt hat, kann keine Hilfe bekommen, weil er auch
192 zukünftig nicht vernünftig mit Geld umgehen würde.

193 Haushaltssanierung ist ein schwerer Weg, für die Bürger oft auch eine Zumutung.
194 Umso wichtiger ist es, dass nur diejenigen Hilfe bekommen, die sie auch benötigen.
195 Wer über eigenes, fungibles Vermögen verfügt, kann keine Solidarität Dritter
196 erwarten.

197 Wenn hochverschuldete Ruhrgebietsstädte mit fremdem Geld über ihre Stadtwerke
198 das Privatunternehmen STEAG verstaatlichen, ist das ein ordnungspolitischer
199 Sündenfall. Eine Hilfe für diese Städte ist daher in Frage zu stellen.

200 Für die Sanierung von Kommunen sieht die Gesetzgebung einen sog.
201 Sparkommissar vor. Dieser kann von den Bezirksregierungen eingesetzt werden und
202 hat eine starke Stellung in der Durchsetzung auch schwieriger Entscheidungen zur
203 Rückgewinnung solider Haushalte. Auf Ebene der Bundesländer gibt es eine solche
204 Institution nicht, obwohl die hochverschuldeten, meist SPD-regierten Bundesländer
205 seit Jahren dokumentieren, dass sie zur Haushaltssanierung unfähig sind und sich
206 per Länderfinanzausgleich auf Kosten der anderen Länder durchmogeln. Wir fordern
207 daher, dass der Länderfinanzausgleich entweder zeitlich befristet oder durch

208 Eingriffsrechte Dritter (Sparkommissar) entsprechend erweitert wird. Der Ansatzpunkt
209 der Haushaltssanierung muss dabei in Zeiten der Rekord-Steuereinnahmen auf der
210 Ausgabenseite sein.